

Verbandsgemeinderat - Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung

Redebeitrag Bürgermeister Karl Heinz Simon

zu TOP 05 – Verabschiedung der I. Nachtragshaushaltssatzung

Sitzung des Verbandsgemeinderates am 13.07.2006

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Beschluss des VG-Rates in der vergangenen Sitzung, auf den Dach-flächen der Regionalen Schulen in Blankenrath Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung zu montieren, bringt nach aktuellem Sachstand ein Netto-Investitionsvolumen von 276.000 Euro mit sich. Diese Investition ist vollständig über Kredite zu finanzieren.

Zum aktuellen Sachstand darf ich auf die Vorlage zu TOP 8.3 hinweisen. Für diese Kreditaufnahme bedarf es einer aufsichtsbehördlich genehmigten Ermächtigung im Haushalt, woraus sich die zwingende Notwendigkeit ergibt, den Haushalt durch Erlass eines I. Nachtrages zu ändern.

Neben dieser Maßnahme sieht der Nachtrag noch verschiedene Veränderungen vor.

So wird die bereits im Rat beschlossene überplanmäßige Ausgabe für die

Beschaffung der neuen Finanzsoftware ebenso in den Nachtrag aufgenommen, wie notwendige Zusatzmittel im Feuerwehrbereich aufgrund von Forderungen des Geräteprüfdienstes der Landesfeuerwehrschule.

Nachdem wir aufgrund von Forderungen der ADD sowohl die Planung des

Feuerwehrgerätehauses Strimmig ändern und damit großzügiger planen müssen, darüber hinaus aber auch im Bereich des Ausschreibungsverfahrens keine kostengünstige Funktionalausschreibung durchführen können, sondern alle Gewerke einzeln ausschreiben müssen, sind hier leider weitere Mittel in Höhe von 16.000 Euro bereitzustellen.

Andererseits können die Mittel zur Fenster- und Flachdachsanierung im Schulzentrum Zell-Kaimt aus dem Haushalt gestrichen werden, da diese Maßnahme erst im kommenden Jahr durchgeführt werden kann. Gleichzeitig wird jedoch die Verpflichtungsermächtigung für 2007 in dieser Höhe angehoben.

Positiv ist gleichzeitig jedoch auch zu vermerken, dass endlich die bewilligte Landeszuwendung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Pünderich in Höhe von 73.600 Euro ausgezahlt wurde und darüber hinaus ein weiterer Abschlag auf die Landeszuwendung zum Bau der Regionalen Schule in Blankenrath in Höhe von 155.000 Euro eingegangen ist. Mit diesen beiden Landeszuweisungen können die bislang laufenden Vorfinanzierungen abgelöst bzw. die ursprünglich im Vermögenshaushalt veranschlagte Kreditaufnahme von 194.500 Euro auf 0 Euro reduziert werden.

Somit verbleibt als einzige Kreditaufnahme für das Jahr 2006 die Finanzierung der beschlossenen Photovoltaikanlage.

Im Stellenplan wird daneben eine Angestellten-Stelle in eine Beamten-Stelle des Mittleren Dienstes umgewandelt, wohingegen im Verwaltungs-haushalt keine Veränderungen eingetreten oder absehbar sind, welche einen Nachtrag erfordern.

Zur Gesamtfinanzierung des Vermögenshaushaltes muß gleichzeitig aus der allgemeinen Rücklage ein Betrag von 23.650 Euro entnommen werden. Der Rücklagenbestand beläuft sich derzeit auf 128.784,09 Euro. Zur Verwendung der Rücklage, unabhängig von den erheblichen im kommenden Jahr anstehenden Investitionen, werden wir Ihnen - denke ich - zum kommenden Haushalt einen konkreten Beschlussvorschlag vorlegen können.

Der Ihnen vorgelegte Entwurf ist im Hauptausschuss beraten und zur Annahme empfohlen worden.

Haushaltsvollzug 2006 - Steuerentwicklung

Unabhängig vom I. Nachtragshaushalt darf ich Ihnen an dieser Stelle auch versuchen, einen kleinen Überblick über die aktuelle Finanzentwicklung im Haushaltsjahr 2006 zu geben.

Bei den Grundsteuern haben sich die Gesamteinnahmen der verbandsangehörigen Gemeinden in den vergangenen 3

Quartalen – die also für die Umlage 2007 maßgeblich sind - von 1.110.000 € auf 1.159.000 Euro, also um 49.000 Euro gleich 4,2 % erhöht.

Im Gegenzug dazu ist jedoch im gleichen Zeitraum das Aufkommen der Gewerbesteuer erbandsgemeindeweit um knapp 400.000 Euro = 14,7 % zurückgegangen.

Wenn man sich jedoch gleichzeitig in Erinnerung ruft, dass in den Zahlen des Vorjahreszeitraumes auch eine erhebliche Einmalzahlung enthalten war, dann ist diese Entwicklung tatsächlich in der mittelfristigen Betrachtung und unter Ausklammerung dieser Einmalzahlung ebenfalls von einem positiven Trend gekennzeichnet.

Bei der Einkommensteuer können wir ebenfalls auf einen positiven Trend blicken.

Hier liegen uns die Daten des 4. Quartals 2005 und des 1. Quartals 2006 vor, mit einer Gesamtsteigerung von 70.000 Euro auf jetzt 1.590.311 Euro in diesem Halbjahreszeitraum.

Wir partizipieren letztlich damit auch von dem steigenden Steueraufkommen bei der Einkommensteuer, welches sich von der Steuerschätzung vom November vergangenen Jahres für 2006 mit insgesamt 970 Mio. Euro Gemeindeanteil in Rheinland-Pfalz, - dies sind die Daten, welchen den Gemeindehaushalten 2006 zugrunde liegen - nach der Steuerschätzung vom Mai 2006 auf 1 Mrd. und 2 Mio. Euro in Rheinland-Pfalz entwickelt.

Bei der Umsatzsteuer geht die Steuerschätzung von einem gleich bleibenden Gemeindeanteil in Höhe von 118 Mio. Euro in Rheinland-Pfalz aus, wohingegen bei unseren Gemeinden eine geringfügig steigende Tendenz festzustellen ist.

Insgesamt also eine positive Tendenz, was die Entwicklung der tatsächlichen Einnahmen für die Gemeinden angeht; einmal abgesehen von dem beschriebenen Sonderfall bei der Gewerbesteuer.

Im Verwaltungshaushalt 2006 werden wir im Einzelplan IV nach einer gestern getroffenen Entscheidung bei der ARGE SGB II bei den Trägerpauschalen für Arbeitsgelegenheiten ab 01.07.2006 eine Reduzierung von 60 % verkraften müssen.

Darüber hinaus übernimmt die ARGE auch nur noch die Leistungen für 30 Stunden/Woche und nicht mehr darüber hinaus, da einer weitergehende Arbeitsverpflichtung der 1 €-Jobber nicht besteht.

Dies führt zu erheblichen Einnahmeverlusten bei der Verbandsgemeinde in einer Größenordnung von rd. 100.000 Euro gegenüber der Haushaltsplanung. Da diese Entscheidung der ARGE aber nicht vom Himmel gefallen ist und ich diese Entwicklung bereits vor einiger Zeit im Ältestenrat dargelegt habe, haben wir hier bei den Ausgaben und auch da wieder insbesondere bei den Personalausgaben entgegen gearbeitet.

So sind derzeit 2 Stellen im Haus nicht besetzt¹ und daneben haben wir uns bei weiteren Personalbesetzungen² zurückgehalten und diese nicht unmittelbar im Anschluss an das freiwerden besetzt. Auch die Projektstelle Doppik wurde daher erst zum 01. Juni eingerichtet.

Ich denke, mit diesen und weiteren Einsparungen werden wir den Haushalt 2006 trotz der aufgezeigten Entwicklung bei Hartz IV dennoch ausgleichen können.

Den Einnahmereduzierungen bei den Arbeitsgelegenheiten muss man – auch wenn wir jetzt den bei uns entstandenen Verwaltungsaufwand nicht mehr gegenfinanzieren können – sicherlich auch unsere soziale Verpflichtung gegen den arbeitslosen Menschen einerseits und die erbrachte Arbeitsleistung in unseren Gemeinden, in den Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen andererseits entgegensetzen.

Ansonsten bleiben die Abweichungen gegenüber dem Plan im Verwaltungshaushalt bis jetzt überschaubar. Entstandenen überplanmäßigen Ausgaben für die Bekämpfung der Vogelgrippe stehen gleichzeitig auch Erstattungen gegenüber. Auch bei der Leistungsschau Zeller Land werden wir – soweit dies erkennbar ist – eine Punktlandung machen.

Im übrigen darf ich auf die Vorlage verweisen und fragen, ob das Wort gewünscht wird.

1 1 Stelle Arbeiter – Jung, 0,5 Stelle Vorzimmer und 0,5 Stelle Finanzabteilung

2 Schule erst ab 15. Mai 2006; Kroth nach Ausscheiden Ende März erst wieder zum 01. Juli;

Zeitvertrag Radtke vorzeitig beendet Mitte Februar statt 30. Juni;